rote garde*

Die Zeitschrift der revolutionären Jugend

Eigentümer Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) Herausgeber und Verleger Alfred Jocha; alle 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P b b Verlags postamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien

VRÄ

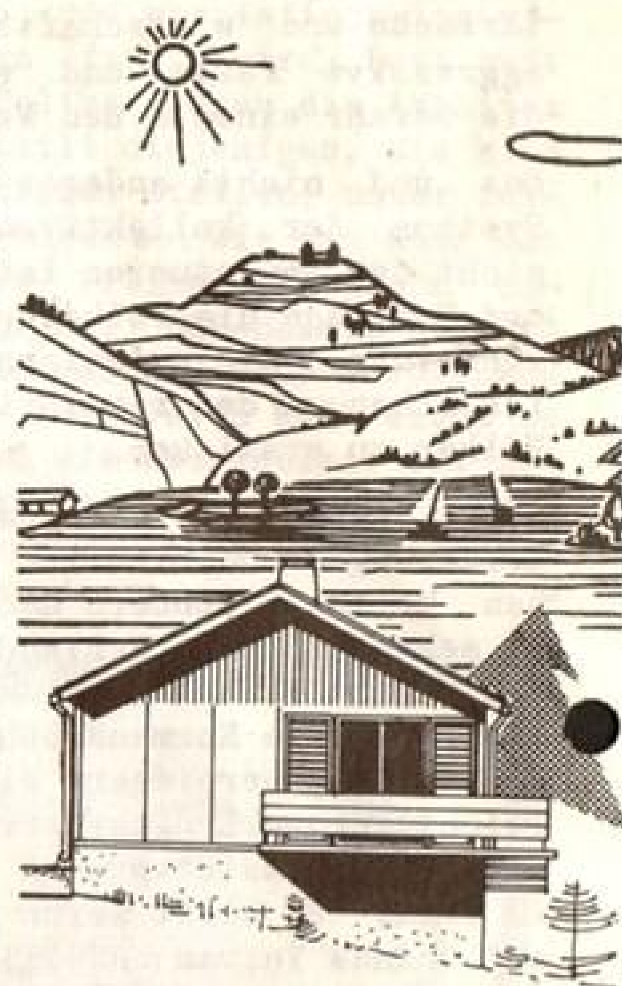
Telefon 33 87 774 Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3

Wer spielt mit?

Das Wertvermehrungsspiel

Die „Junge Generation" der SPÖ traut sich was. Sie hat ein Flugblatt mit „Material zum Thema Bodenrecht" veröffentlicht, in dem sie gegen Grundstücksspekulanten Stellung nimmt. Das ist gut so. Obwohl sie weniger mit sozialen Gründen als vielmehr mit Zitaten des Papstes und eines Jesuitenpaters argumentiert. Aber bitte, eine gottesfürchtige Generation hat eben andere Leitbilder als unsereiner. Also trotzdem: Auch gut so. Nur eines stört uns ernstlich an dem Flugblatt. Daß es so tut, als seien Bodenspekulanten ausschließlich in finsteren privaten Maklerbüros zu suchen.

Sollte die junge SP-Generation tatsächlich glauben, daß die Manager ihrer eigenen SP-nahen Unternehmungen diesbezüglich eine weiße Weste haben? Dann wird es Zeit, sie aufzuklären, und zwar mit ein paar bildschönen Beispielen. So kaufte etwa die Konsumgenossenschaft von einem Herrn Unger die Liegenschaft in Wien 3, Landstraßer Hauptstraße 60. Kaufpreis 1 050 000 Schilling. Wenig später verkaufte der Konsum an die BAWAG dasselbe Grundstück um 10 500 000 Schilling. Und eine Wertsteigerung auf das Zehnfache könnte man selbst in Maklerkreisen wohl nur als märchenhaft bezeichnen.



Aber nicht immer spielt die BAWAG jenen generösen Onkel, der für nichts und wieder nichts die Millionen hinblättert. Es kommt auch vor, daß sie bei dem wunderbaren Wertvermehrungsspiel gewinnt, während der ÖGB das Geld zum Fenster rauswirft. (Kunststück, der ÖGB kann sich's ja leisten — mit den Mitgliedsbeiträgen, die ihm seine anderthalb Millionen Mitglieder Woche für Woche brav zahlen.) So konnte es beispielsweise passieren, daß im Jahre 1955 der „Sozialistische Verlag" die Liegenschaft Wien 9, Strudlhofgasse 10, um 1,5 Millionen Schilling erwarb. 1968, als das Grundstück an die BAWAG weiterverkauft wurde, war es auf wundersame Weise schon 7,8 Millionen wert. Aber heuer, 1973, zahlte der ÖGB für ein und dasselbe Grundstück bereits 23 Millionen Schilling.



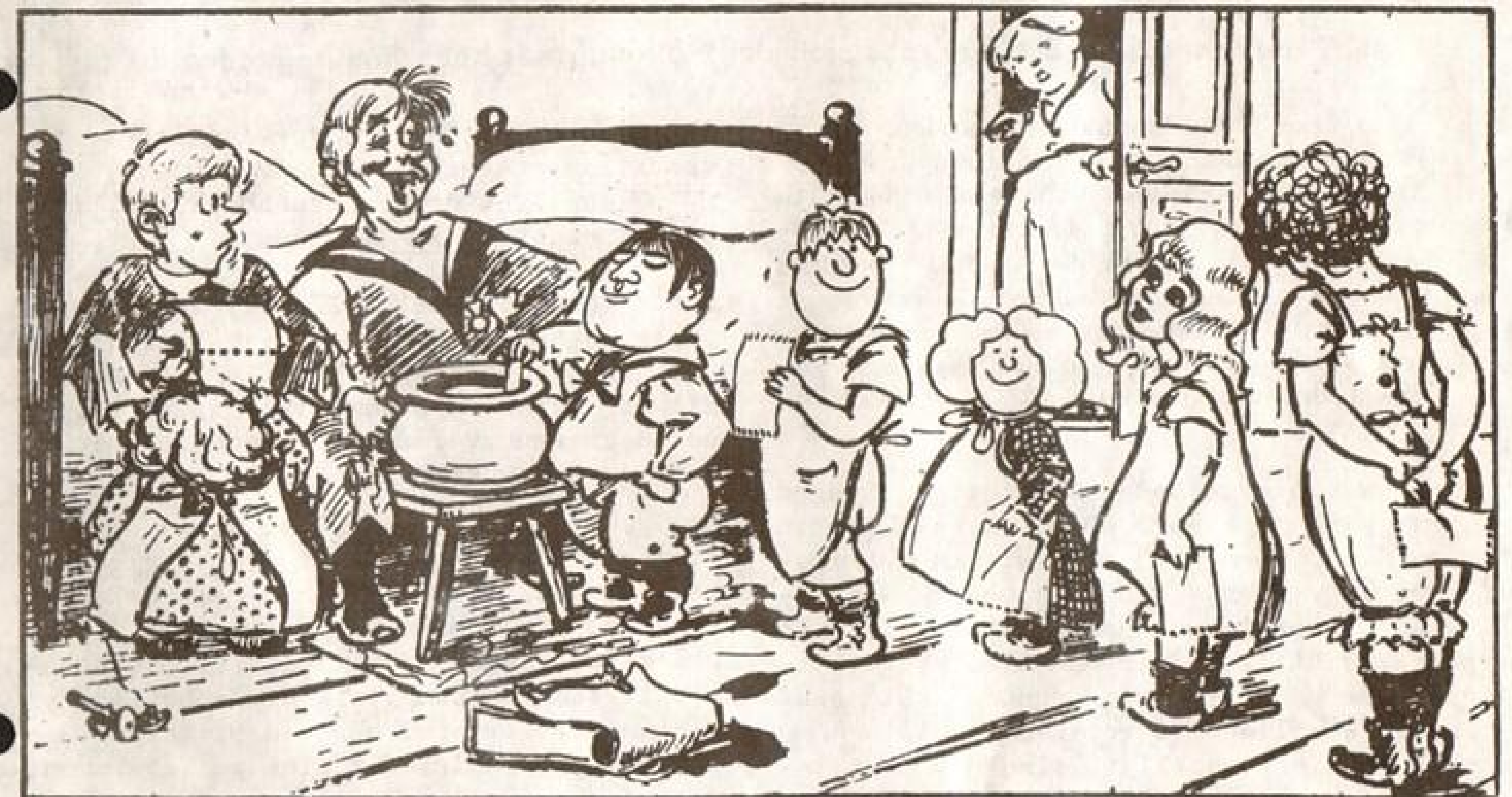
Wie heißt es in dem Flugblatt? „Das Gesicht unserer Städte bestimmen weitgehend Wucherer und Spekulanten. Sie werden dafür aber nicht wie Kriminelle strafrechtlich verfolgt, sondern genießen das Ansehen wohlhabender Leute ..." Wie recht sie doch hat, die „Junge Generation".

Genauso zweischneidig wie der Angriff auf die Makler ist allerdings auch die Forderung des JG-Chefs Karl Blecha, Besitzer von Grundstücken an Seeufern gehörten enteignet. „Nur noch mit Glück kommt man bis an ein Seeufer, häufig laufen sich Waldwege an einem Zaun und der Tafel ‚Privat' tot." Sehr richtig. Doch rings um die schönsten Seen hausen nicht nur der alte Adel und das neureiche Bürgertum, wie es uns der jugendliche Oldboy Blecha anscheinend weismachen will. Es sind vielmehr auch hohe und höchste Funktionäre seiner eigenen Partei, die mit ihren protzigen Villen die Ufer verbauen und zu „Privatgrund" machen. Worin sich wiederum der Werdegang des hohen SP-Funktionärs offenbart: Als Jugendvertreter protestiert er gegen Geschäftemacher und Villenbesitzer — aber nur solange, bis er selbst das Dienstalter für eine bequemere Lebensart erreicht hat. ●

rote garde*

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

Nr. 41 · September 1973



„Mama, wir spielen Gemeinderatswahl!"

Und am 21. Oktober dürfen auch die Erwachsenen wieder Gemeinderatswahl spielen. Wobei es ganz egal ist, ob der einzelne Wähler seine Stimme den wohlbestallten Managern der SPÖ gibt oder den Unternehmern der ÖVP oder den Neonazis oder den Arbeiterverrätern der „K"PÖ. Jede gültige Stimme kommt letzten Endes in den Topf des kapitalistischen Staates und dient den Machthabern als Alibi für ihre volksfeindliche Politik.



Das Parlament – eine Karikatur der Demokratie

Hereinspaziert! Die Herbstsession des Nationalrates hat schon begonnen

Wer kennt sie nicht, die hitzigen Debatten, die zorngeröteten Gesichter, die leidenschaftlichen Zwischenrufe unserer Herren Volksvertreter im Parlament? Wer aber weiß anderseits nicht von den freundschaftlichen Banden, die von Partei zu Partei laufen, oder von den freundlichen Gesichtern nach der „erregten" Debatte? Wer hat sich noch nicht danach gefragt, wie ernst denn die Debatten im Parlament überhaupt gemeint sind?

Eine Reihe von äußerst wichtigen Fragen wirft sich hier auf. Denn was bleibt von der Ansicht noch übrig, daß wir in einer Demokratie leben, daß in unserer Gesellschaft "Pluralismus" existiert - wie es so schön heißt. Worunter man Gleichberechtigung der verschiedenen Gruppen (Klassen) in der Gesellschaft verstehen soll. Wie sich aber herausstellt, sind die Streitereien der diversen Politiker im Parlament nur dazu da, das Volk zu betrügen und ihm vorzugaukeln, daß im Parlament die "Volksvertreter Entscheidungen treffen", denn die Taten der diversen Politiker sind die selben.

Blenden wir einmal vier Jahre zurück, mitten in eine der "stürmischen" Parlamentsdebatten. Was sehen wir dort?

Die SP-Abgeordneten, allen voran der durch seine nicht gerade feine Art bekannt gewordene Ulbrich, schreien Zeter und Mordio. Was ist der Grund der Aufregung?

Es geht um das von der ÖVP-Alleinregierung vorgelegte Bundesbahngesetz, bei dem die SPÖ ein mehrjähriges verbindliches Investitionsprogramm fordert. Allein, die ÖVP beschließt das Bundesbahngesetz, ohne diese Forderung zu erfüllen.

Heute "ändert" nun die SPÖ als Regierungspartei besagtes Gesetz von gestern. Was ist nun mit den ehemaligen Forderungen? Richtig geraten, nichts ist mit ihnen. In der Regierungsvorlage war überhaupt nichts mehr davon zu finden.

Es geht uns hier überhaupt nicht um ein Finanzierungsprogramm für mehrjährige Investitionen. Es soll nur ein Beispiel sein, wie der Volksbetrug so wie bei dieser bei allen Fragen funktioniert. Die hochgespielten "Meinungsverschiedenheiten" der Parlamentarier sind nur ein Mittel, um die Stimmen der Wähler für sich zu gewinnen, um die Menschen parteimäßig aufzuspalten. Das bürgerliche Parlament ist aber eine "Quatschbude", ganz egal, welche der Parteien den Ton angibt. Und entschieden wird dort gar nichts, denn die Entscheidungen fallen schon im voraus, werden in den Gremien der Sozialpartnerschaft ausgepackelt. Industriellenvereinigung und SP-Neokapitalisten wie die in der BAWAG legen fest, was zu geschehen hat. Mittels der hohen, unabsetzbaren Bürokratie wird alles dann durchgesetzt.

So sprechen natürlich Gesetze, Verordnungen, Erlässe und Maßnahmen der Regierenden zu den Ausbeutern in einer anderen Sprache als zu den werktätigen Menschen.

UNO-City-Projekt? Ein Fressen für die Bauwirtschaft. Dafür ist immer Geld da!

Stützung der Export-Industrie? Androsch subventioniert gerne. Wenn einmal eine AG in die roten Zahlen kommt, greift der Staat gerne unter die Arme. Solange, bis die Gewinne wieder eintrudeln und die Aktionäre zu ihrem Recht kommen, Geld zu scheffeln.

Ganz anders wird allerdings zu dem vielzitierten "kleinen Mann" gesprochen. Beim Umgang mit dem Bauarbeiter, der Häuser, Brücken und Spitäler baut, mit dem Landarbeiter und kleinem Bauern herrscht ein anderer Ton. Das hört sich dann so an:

Ihr braucht ein Massenverkehrsmittel? Gut, wir führen zu diesem Zweck die U-Bahn-Sondersteuer ein. (Die zahlen wir in Form höherer Preise. "Kostenüberwälzung" muß ja sein.) Die Leute sterben in den Spitälern auf den Gängen und die verpestete Luft und die von Industrieabwässern verseuchten Gewässer stinken zum Himmel? Bitte sehr, was ist Euch die Gesundheit und der Umweltschutz wert? Wo wollt ihr lieber dafür zahlen? Beim Auto oder beim Rauchen oder in Form einer anderen Steuer? Die 40-Stunden-Woche einzuführen, war ja auch kein Problem. Erstens war Produktivitätssteigerung Verpflichtung und überdies werden die Löhne durch die Inflation sowieso immer kleiner. Überstunden müssen daher zwangsläufig gemacht werden, soll der "Standard" gewahrt werden. Die "Verkürzung" steht also nur auf dem Papier.

Es gibt in Österreich noch viele Menschen, die an den parlamentarischen Betrug glauben oder keine Alternative zu diesem System sehen. Doch der Hauptwiderspruch, der Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, zwischen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung und der kleinen Minderheit der Ausbeuter, ist unüberbrückbar. Der Parlamentarismus dient heute nur dazu, diesen Gegensatz zu verschleiern und die arbeitenden Menschen hinters Licht zu führen.

Wenn jetzt von "Mitbestimmung", "Mitreden" usw. gesprochen wird, so muß uns klar sein: Es gibt zwei Klassen. Das Proletariat und die Bourgeoisie. Entweder es herrscht die eine oder die andere dieser beiden Klassen. Herrscht das Kapital, so haben die Arbeiter nichts zu reden und schon gar nichts "mitzuentscheiden" oder "mitzuverantworten". Erst wenn die Arbeitermacht besteht - und nur dann! -, gibt es wirkliche Demokratie für das arbeitende Volk!

F.R., Wien



Schon im Winter versuchten faschistische Studenten mittels antislowenischer Hetze auf der Wiener Universität Fuß zu fassen. Nicht nur, weil damals Winter war, sondern dank der fortschrittlichen Studenten haben sie sich dabei kalte Füße geholt.

Nun aber will die NDP eine eigene Hochschulgruppe aufstellen. Dieser wird sich selbstverständlich auch ein Teil des „Ringes Freiheitlicher Studenten" anschließen. Diese Faschisten müssen im kommenden Semester die richtige Antwort auf ihre Aktivitäten bekommen, denn mit dem Faschismus kann es keine Diskussion geben und für Faschisten gibt es auch keine Redefreiheit. Gegen alle Versuche der Faschisten, sich auf der Wiener Uni breitzumachen, werden die revolutionären Studenten und Arbeiter auftreten und zu handeln wissen.

Albanien

In Albanien werden die Eisenbahnlinien von Jugendlichen gebaut. Die jungen Leute kommen freiwillig aus allen Regionen, um einen Monat lang an einem der Projekte mitzuarbeiten.

Bisher leisteten 87 000 Jugendliche eine derartige Arbeit. An der jetzt in Bau befindlichen Strecke Librashd—Prenjas stehen etwa 1300 junge Leute im Einsatz. Sie wohnen an der Baustelle in Blockhäusern. Für die Freizeit gibt es einen Filmvorführraum, in dem revolutionäre Streifen gezeigt werden, und Jugendgruppen führen Theaterstücke auf, welche die revolutionäre Vergangenheit und Gegenwart Albaniens zum Thema haben.

Besonders wertvoll an dieser Einrichtung des freiwilligen Eisenbahnbaues ist das Zusammenleben ländlicher und städtischer Jugendlicher; so lernt jeder den andern kennen. Außerdem wird gegen die Trennung von geistiger und manueller Arbeit angekämpft, denn jugendliche Intellektuelle greifen hier ebenfalls tüchtig zu. Die anfallenden Arbeitsprobleme werden von allen gemeinsam diskutiert und gelöst. Durch diese freiwilligen Arbeiten wird die albanische Jugend im Sinne der Arbeiterklasse zu sozialistischem Bewußtsein, zu einer neuen Generation von proletarischen Revolutionären erzogen.

Antisemitismus

„Der Antisemitismus dient den Ausbeutern als Blitzableiter, der die Schläge der Werktätigen vom Kapitalismus ablenken soll. Der Antisemitismus ist eine Gefahr für die Werktätigen, denn er ist ein Irrweg, der sie vom rechten Weg abbringt und sie in den Dschungel führt. Darum sind die Kommunisten als konsequente Internationalisten unversöhnliche und geschworene Feinde des Antisemitismus.

In der UdSSR wurde der Antisemitismus als eine der Sowjetordnung zutiefst feindliche Erscheinung vom Gesetz aufs strengste verfolgt. Aktive Antisemiten werden nach den Gesetzen der UdSSR mit dem Tode bestraft", sagt Stalin über den Antisemitismus ("Prawda" Nr. 329, 30. November 1936).

Wie sehr sich heute die Führungsclique Rußlands vom Sozialismus, vom Marxismus, von der kommunistischen Politik und Moral abgewandt hat und selber antisemitische Hetze betreibt, zeigt ein Artikel in der offiziellen Zeitschrift der sowjetischen Botschaft in Paris. In diesem im September 1972 erschienenen Artikel werden die berüchtigten "Protokolle der Weisen Zions" aus der Zarenzeit wörtlich wiederholt. Diese Protokolle sind eine Fälschung der zaristischen Geheimpolizei "Ochrana", die von dieser benutzt wurden, die russischen Werktätigen vom Klassenkampf abzuhalten und zu Pogromen gegen die Juden aufzuhetzen. Was besagen nun diese Protokolle? Sie erklären z.B., daß kein jüdischer Arzt einen Christen bis zur völligen Genesung behandeln dürfe und daß die Juden auch lieber einem Hund ein Stück Fleisch gäben als einem Christen. Solche und ähnliche Lügen finden sich in diesen "Protokollen der Weisen Zions", deren sich auch der Nationalsozialismus zur Rassenverhetzung bediente.

Die Sache kam vor Gericht. Im März dieses Jahres verklagte eine jüdisch-christliche Gemeinschaft den Verantwortlichen der Zeitschrift wegen Antisemitismus. Wie schon vor dem Zweiten Weltkrieg konnte auch im Verlaufe der Gerichtsverhandlungen neuerdings der lückenlose Beweis erbracht werden, daß diese "Protokolle" Lügengespinste der zaristischen Geheimpolizei sind. Der verantwortliche Redakteur, der immerhin Bürgermeister von Nanterre und Mitglied der KPF ist, wurde am 24. April vom 17. Pariser Bezirksgericht zu folgender Strafe verurteilt: 1.500 Francs an die Staatskasse wegen Rassenverhetzung, ein Franc symbolische Strafe an den Kläger und, was dann vielleicht am härtesten traf: Verurteilung zur vollständigen Veröffentlichung des Rechtsspruches. Was die Sache noch interessanter macht: Die Verurteilung erfolgte auf Grund eines Gesetzes gegen Rassenhetze, für das die revisionistische KPF selber im Parlament gestimmt hatte. (Die bürgerliche französische Zeitung "Le Monde" berichtete am 28. März über den Prozeß. Am 27. April veröffentlichte sie das Urteil.)

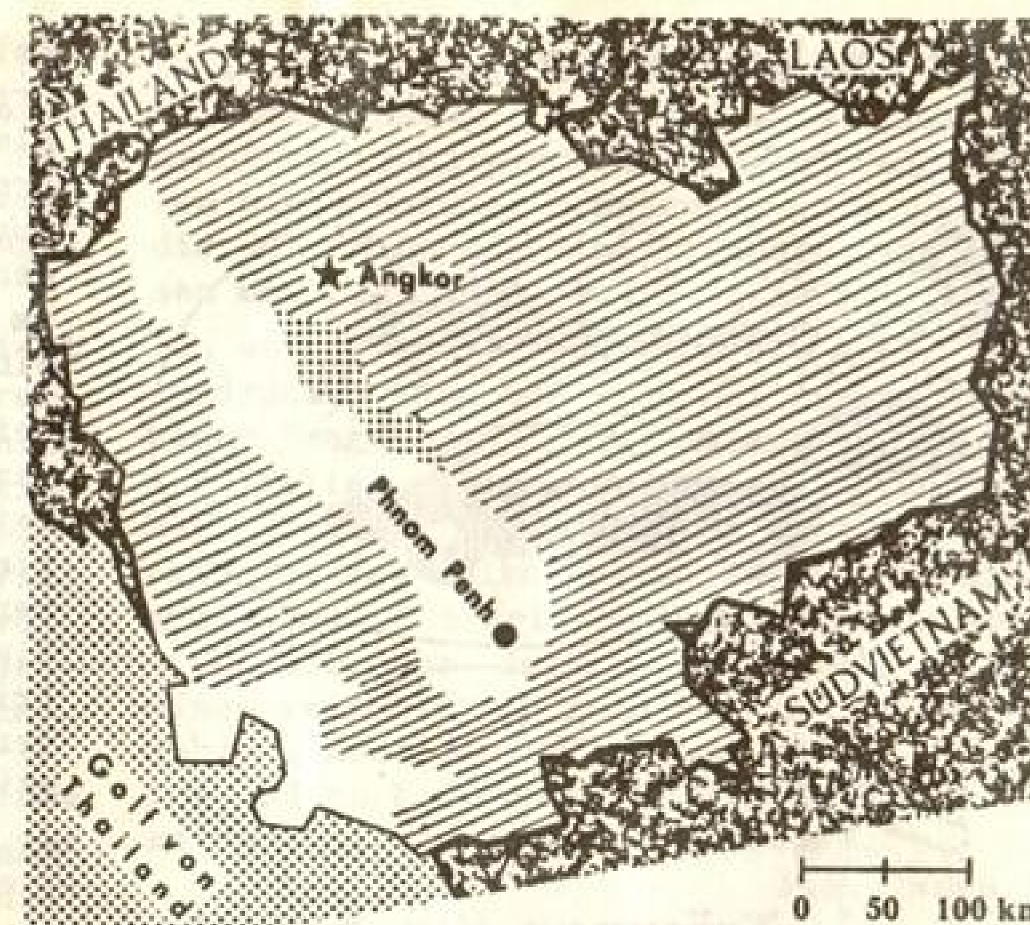
Und die österreichische Presse? Sie verlor kein einziges Wort darüber. Und so auch der ORF. Zeigt sich nicht auch hier wieder deutlich die Anbiederung der Kapitalisten-Lautsprecher an Rußland? Nur nicht den Mund verbrennen in einer Zeit, wo die Russen daran gehen, Europa mehr und mehr ihrem Einfluß zu unterwerfen, es unter die eigene Kontrolle zu bringen. Da dürfen doch die österreichischen Meinungsmacher nicht etwas bringen, was vielleicht die russischen Sozialimperialisten vergrämen könnte! ●

Norodom Sihanouk nimmt sich kein Blatt vor den Mund:

Interviews — einmal anders

Ein Prinz als Verbündeter der Kommunisten? Für eine solche Kombination hätte der Mitteleuropäer, der in bezug auf blaues Blut zuallererst an Habsburger und Hohenzollern denken muß, wohl nur ein müdes Lächeln übrig. Jedoch in Indochina ist vieles anders. So etwa ist der Prinz Souphanouvong schon seit vielen Jahren Vorsitzender des Zentralkomitees der Laotischen Patriotischen Front, weshalb auch kein halbwegs informierter westlicher Journalist es sich entgehen läßt, ihn als „roten Prinzen" zu bezeichnen. Und seit 1970, seit dem vom CIA angestifteten Putsch des Marschalls Lon Nol in Kambodscha, gibt es auch dort einen roten — oder richtiger: rosaroten — Prinzen. Denn Prinz Sihanouk, eingedenk des früheren, zeitweilig süßen Lebens, sagt: „Ich bin kein Kommunist, ich bin rosarot, aber nicht rot." Wobei wir gar nicht näher darauf eingehen wollen, daß dann die österreichischen Minister, die sich von willigen Reportern so gern als „Rosarote" oder gar als „Rote" titulieren lassen, gegen das Sihanouksche Rosa bleich wie Gruftgespenster wirken müßten.

Norodom Sihanouk, von 1941 bis 1955 König und nach seiner freiwilligen Abdankung demokratisch gewähltes Staatsoberhaupt von Kambodscha, hat schon früh seine Erfahrungen mit den USA gemacht. 1953, als Kambodscha noch zum französischen Kolonialreich gehörte, flog er in naivem Glauben an die amerikanische Freiheit und Demokratie nach Washington, um John Foster Dulles zu bitten, die Franzosen zum Abzug zu bewegen. Dulles, ein Weltmeister an Zynismus, wies ihm die Tür mit der hämischen Bemerkung, die Kambodschaner sollten froh sein über die französische Kolonialarmee, sonst würden sie „von Ho Chi Minh binnen drei Wochen verschlungen". Seither weiß Sihanouk, was er von amerikanischen Antikommunisten zu halten hat. Und daß seine Liebe zu diesen Leuten nicht größer geworden ist, seitdem sein Heimatland von Nixon zum Kriegsschauplatz gemacht wurde, das ist verständlich.



In einem Volkskrieg gibt es verständlicherweise nicht so klare Fronten wie in einem konventionellen Krieg. So bestehen in den auf unserer Karte schraffiert gezeichneten befreiten Gebieten noch vereinzelte isolierte Militärstützpunkte der Lon-Nol-Faschisten. Anderseits sind in den von Lon Nol noch kontrollierten Landesteilen (weiße Fläche) die Guerillas der Roten Khmer tätig. (Die Guerillas haben beispielsweise mitten in Phnom Penh die militärisch wichtige Brücke über den Mekong gesprengt und am Stadtrand die Rundfunkstation der Putschisten zerstört.)

Doch nicht nur seine Einstellung zum US-, sondern auch die zum Sozialimperialismus war schon vor dem Putsch eher unterkühlt. Damals, als im benachbarten Südvietnam bereits 500 000 US-Soldaten einmarschiert waren, Kambodscha aber noch in Frieden und Neutralität lebte, wollte Breschnew die kambodschanische Regierung zu einem „Sicherheitspakt" überreden. Sihanouk lehnte ab. W i e er das allerdings machte, das ist lesenswert, denn er ist einer der — leider wenigen — Politiker, die nicht um den heißen Brei herumreden, sondern tatsächlich das sagen, was sie sich denken:

„Lieber Herr Breschnew", sagte er, „sehen wir einander einmal fest in die Augen. Sie wissen ganz genau, warum wir in Südostasien keine Sicherheit haben. Weil die Amerikaner dort sind. Wenn Sie also in Südostasien Sicherheit haben wollen, dann müssen Sie sich an die Amerikaner wenden, damit diese ihr Reich von Thailand bis nach Indonesien aufgeben. Aber Sie, Herr Breschnew, wollen eben auch in Südostasien herrschen. Und außerdem wollen Sie überhaupt nicht, daß die Amerikaner Asien verlassen. Ohne Amerikaner in Asien — wie wollen Sie dann China kontrollieren?"

Daß er den neuen Zaren richtig eingeschätzt hatte, das zeigte sich, als wenig später die Putschisten in Phnom Penh die Macht ergriffen hatten und Breschnew das neue amerikahörige Regime diplomatisch anerkannte. Außerdem versuchten die Revisionisten in Kambodscha eine eigene „kommunistische" Partei aufzubauen, welche mit Lon Nol „Friedensverhandlungen" führen sollte. Dieser Plan scheiterte an der von Sihanouk-Anhängern und Roten Khmer bestehenden Nationalen Einheitsfront; sein Gelingen aber hätte Kambodscha wahrscheinlich nach dem Muster Deutschlands auf Dauer zweigeteilt: in einen prorussischen und einen proamerikanischen Teil. Die Nationale Einheitsfront lehnt Verhandlungen mit den Putschisten ab und hat inzwischen bereits den größten Teil des Landes freigekämpft (siehe Karte.) Allerdings wäre Sihanouk bereit gewesen, mit den Amerikanern direkt zu verhandeln. „Ich wollte selbst mit Henry Kissinger Kontakt aufnehmen bei dessen Besuchen in Peking und Hanoi. Aber Kissinger war arrogant und lehnte ab. Jetzt ist es zu spät — für ihn."

Auch die „brüderliche Waffenhilfe der Sowjetunion an die Völker Indochinas" reduzierte Sihanouk in einem Interview auf das, was sie wirklich ist: einträgliches Geschäft und politische Erpressung. „Die Russen haben Nordvietnam geholfen? Alte Kanonen haben sie ihnen geliefert und alte Panzer, alles zu hohem Preis. Schauen Sie nur, wie sie den Roten Khmer feindlich gegenüberstehen. Wir haben nicht eine Waffe von den Russen erhalten." Völlig anders handelt China. Es liefert dem befreiten Kambodscha alles, ohne ein Geschäft daraus zu machen und ohne politische Bedingungen daranzuknüpfen.

Und was die von Breschnew sosehr herbeigesehnten Differenzen zwischen dem „rosaroten" Staatsoberhaupt und den Roten Khmer betrifft, so sagt Sihanouk: „Ich stehe hundertprozentig auf seiten der Roten Khmer, und mit ihnen kämpfe ich, damit die Amerikaner besiegt werden und Kambodscha ein kommunistisches Land wird." Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. ●

Journaldienst der VRA: jeden Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 13 bis 18 Uhr in Wien 20, Universumstraße 40. Telefon 33 87 774.

Zur Diskussion:





Träumen die Arbeiter

wirklich nur vom Backhendl, vom neuen Wagen und vom Häuschen im Grünen?

Der Böhler-Streik brachte mich auf eine Idee. WARUM auch der Arbeiter mit hohem Monatsgehalt, z.B. S 7000,-, kämpfen muß?

Wie wir wissen, haben die Arbeiter derzeit einen Durchschnittsverdienst von netto 4.000 Schilling. Und 700.000 Arbeiter, laut "Volksstimme", liegen darunter.

Aber es gibt einige hochbezahlte Spitzenposten in Industrie und Gewerbe ab siebentausend Schilling aufwärts. Das sind Schriftsetzer, Drucker, Dreher, Einsteller usw. Sollen diese hochbezahlten Kollegen, wenn ihre unterbezahlten Kollegen streiken, zufrieden sein und nicht streiken? Nein, auch sie sollen und sie haben allen Grund dazu.

Kollege Arbeiter, Du hast einen Mittelklassewagen, ein Häuschen im Grünen (von dem die aufgenommene Hypothek noch nicht bezahlt ist), fährst mit der Familie einmal im Jahr nach Mallorca oder Tunis und schuftest Dich redlich ab - in der Fabrik, im Büro - mit vielen Überstunden, um es zu etwas zu bringen (zum Herzkasperl!). Kollege, überlege, diesen Wohlstand hast Du Dir bitter verdient. Du sagst: "Mit den Jahren stieg doch der Lohn." Ja, aber die Preise stiegen noch viel mehr. Und Du arbeitest heute im Hetztempo in 40 bis 50 Stunden, was Du früher in 60 und mehr langsam gearbeitet hast. Und Du hast erst 1970 den Wohlstand und das Geld erreicht, das Dein Chef schon vor 10 Jahren hatte.

Kollege, erinnere Dich: Dein Boß war 1960 erst Abteilungsleiter mit S 7.000,- Gehalt, als Du S 2.000,- hattest (als graphischer Drucker zum Beispiel.) Jetzt ist er Direktor mit S 20.000,- Monatseinkommen. Er geht jetzt gern herum, erzählt Witzchen, um die Mitarbeiter aufzuheitern oder ist einfach nur grantig.

Dein Tagesablauf ist schwieriger, und noch dazu beaufsichtigst Du zehn mit Recht (aber leider nur Dir gegenüber) aufsässige Lehrlinge und fünf Gastarbeiter, die "nicht verstehen", weil sie auch von der "Mühle" die Nase voll haben. Und mit dem ÖGB-Betriebsrat heißt es sich gutstellen, sonst verschlechtert sich die Kantinenmitbestimmung.

Was sagte Dein Arzt unlängst? Die Herzschmerzen sind ein Alarmzeichen, mehr Schonung! Nachdem Du den hemmungslosen Konsumidiotismus mitgemacht hast, besitzt Du unbeschreiblichen Luxus wie Bad, Kühlschrank, Farbfernseher, Wohnwand und sogar (es ist zum Auswachsen!) Bücher.

Aber wenn Du mit Recht denkst: Ich schalte auf halbe Kraft; Dein Chef wird es Dir schon zeigen. Soll das aber immer so weiter gehen?

Kollege, beim nächsten Streik, wenn Deine schlechtbezahlten Kollegen kämpfen, überlege, wieso auch Du Solidarität üben solltest. Setz Dich mal hin und denke nach.

H. L., NÖ. ●



Es ist natürlich unmöglich, sich der Kritik zu enthalten und untätig zuzuschauen, wie falsche Ansichten auftreten und um sich greifen. Aber eine Kritik soll nicht dogmatisch sein, sondern marxistisch-leninistisch. Was wir brauchen ist nicht wortreiches Gerede, sondern handfeste Argumente.

Ich weiß nicht recht, was die Bemerkung der Redaktion zum Leserbrief auf Seite 4 der "roten garde" Nr. 37 bedeuten soll. Zwar ist der Brief aus Tirol mißverständlich, weil man meinen könnte, er beziehe sich auf alle Arbeiter. Dann allerdings wäre die Stellungnahme der Redaktion berechtigt und träfe zu. A. M. sagt aber bloß, daß es derartige Arbeiter gibt, die vom "Häuschen im Grünen" träumen, und das kann ja niemand bestreiten.

Übertrieben hingegen finde ich zum selben Thema den Brief von M. W. in der "rg" 39. "Es mag wohl stimmen, daß es manchen Arbeiter gibt, der vom Backhendl, Auto und Häuschen im Grünen träumt", heißt es dort. Jeder weiß aber, daß diese Art von Arbeitern zahlreich ist. Das soll uns zeigen, daß die Methoden des Volksbetruges wirksam sind.

Ein Marxist-Leninist sollte sich nicht von seiner eigenen Begeisterung mitreißen lassen. Wenn es wirklich nur noch "manche" wären, die sich nicht mehr "einseifen" ließen, dann wären die revolutionären Kräfte in Österreich schon viel weiter. Wir dürfen keinesfalls darauf verfallen, daß wir uns in Briefen gegenseitig versichern, wie "radikal" wir sind.

Wir sollten keine "theoretischen" Briefe schreiben, sondern aus der Praxis, aus unserer Erfahrung schöpfen. Die Theorie soll ja unser Handeln anleiten, aber nicht ersetzen! Und es geht auch um das Handeln, nicht um Prinzipienerklärungen. Wir dürfen nicht darüber schwärmen, wie günstig die Situation doch ist, sondern wir müssen uns überlegen, was zu tun ist.

Ich weiß, daß ich mich nicht sehr klar ausdrücken kann und ich will hier M. W. weder "verdammen" noch "abkanzeln". Aber wir sollten uns unserer Verantwortung als Marxisten-Leninisten bewußt sein und uns bemühen, dem Volke bestmöglichst zu dienen. Dazu trägt meiner Meinung aber nicht bei, wer derart übertreibt. Allerdings verfalle ich auch oft in denselben Fehler. Aber man sollte aus seinen eigenen und auch fremden Fehlern lernen, damit man sie in Zukunft vermeidet.

P.F., Wien ●



...und ein Leserbrief zum Thema Revisionismus

Werte Genossen!

Ich bin Euch allen sehr zu Dank verpflichtet, weil ihr unermüdlich unsere kleine Gruppe mit dem für uns so wertvollen politischen Material unterstützt. Ich möchte in diesem Leserbrief meiner Sorge und Traurigkeit Ausdruck geben und ich glaube, daß dieses Problem nicht nur mich bedrückt: Es ist dies die Uneinigkeit, ja die selbstmörderische Zwistigkeit im gesamtkommunistischen Lager.

Als der große unvergeßliche Lenin damals siegreich die Oktoberrevolution führte, die später überall in der Welt Nachahmung fand, da gab es eine Ideologie, die man Leninismus nannte. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde mit Hilfe dieses Leninismus eine Diktatur gestürzt und der Traum von einem sozialistischen Staat verwirklicht...

Heute aber gibt es einen ideologischen Bruderkrieg innerhalb des kommunistischen Lagers. Heute werden Genossen, die es wagen, anders zu denken und anders zu handeln, als Renegaten verfolgt...

Man muß traurig sein über all die Kämpfe, die diese Bewegung erschüttert, spaltet, trennt. Zum Schaden aller, die an der kommunistischen Bewegung mitarbeiten, zum Nutzen jener Elemente, die man schon besiegt zu haben glaubte. Niemals noch war der Kommunismus stärker als jetzt. Niemals aber war der Haß innerhalb dieses Lagers, das doch das gemeinsame Bollwerk gegen unseren gemeinsamen Feind, den Kapitalismus mit all seinen Nuancen sein soll, so massiv wie jetzt. Das stimmt sehr traurig und gibt zu denken!...

K.- H. P., Salzburg

Eine Antwort der Redaktion:

Freilich ist es eine schöne Illusion, wenn man glaubt, gleich mit allen möglichen "Linken" einig sein zu können. Und das Argument von der Zerstrittenheit der "Linken" bekommen wir immer wieder von SPlern und "K"Plern zu hören. Zu allen Zeiten bekamen die revolutionären Arbeiter von revisionistischen Führern, von Verrätern an der Arbeiterklasse den Vorwurf zu hören, sie seien "Spalter", sie verletzten die Einheit.

Der Leser, der uns obigen Brief schrieb, weist richtig auf die bedeutende Rolle Lenins und des Leninismus hin. Worin aber lag gerade die Größe Lenins und wie entstand denn der Leninismus? Es war gerade Lenins Verdienst, daß er eben nicht eine Pseudo"einheit" gewahrt hat, sondern die reformistischen und revisionistischen Führer der II. Internationale, die als Ver-

räter am Marxismus ins Lager der herrschenden Klasse übergegangen waren und die Arbeiter von der Revolution abhielten, erbittert bekämpft hat. Aus diesen Kämpfen entstand der Leninismus als Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Damals wurde es klar, daß nur der Leninismus der Arbeiterklasse den Weg zum Sieg weisen konnte. Deshalb ist nur der ein Marxist, der die Lehren Lenins anerkennt.

Lenin und später Stalin konnten aber viele Probleme, die sich eben erst im Laufe der sozialistischen Revolution zeigen, noch nicht lösen. Es kam zur Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion.

Erst Mao Tsetung hat diese negative Entwicklung sowie die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und der chinesischen Revolution analysiert und die Notwendigkeit der Fortführung der Revolution unter der Herrschaft der Arbeiterklasse und die Notwendigkeit der Mobilisierung der Massen zur proletarischen Kulturrevolution nachgewiesen. Damit hat er den Marxismus - Leninismus auf eine völlig neue Stufe gehoben. Die Ideen Mao Tsetungs entstanden ebenfalls im heftigen Kampf mit den Arbeiterverrätern, mit dem modernen Revisionismus. Heute können wir sagen: Ein Marxist ist nur, wer die Ideen Mao Tsetungs anerkennt und anwendet.

Auch wir kämpfen für die Einheit der "Linken", der Arbeiterklasse und des Volkes. Aber wir kämpfen für eine Einheit auf der Basis des Marxismus - Leninismus, auf der Basis der Maotsetung-Ideen. Denn nur die richtige politische Linie kann die Arbeiterklasse zum Sieg führen.

Die Redaktion ●

Die Breschnew-Doktrin

Humor ist, wenn man trotzdem lacht. Trotz strenger Pressezensur karikierten tschechische Zeichner die „Überredungskünste" gewisser Leute. Jedermann in der Tschechoslowakei wußte, was gemeint war:



„Ihr habt mich überzeugt, euer Weg ist der richtige. Ich gehe mit euch!"

Am 12. Oktober 1968 hatte Breschnew auf dem V. Parteitag der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei zur Rechtfertigung des Einmarsches sozialimperialistischer Truppen in die ČSSR erklärt: "Wenn die inneren und äußeren, dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen Landes auf die Restauration der kapitalistischen Ordnung zu wenden versuchen, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in diesem Lande, eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des betreffenden Landes, sondern ein allgemeines Problem, um das sich alle sozialistischen Staaten kümmern müssen." Die Verteidigung des "sozialistischen Weltsystems" sei eine "gemeinsame internationalistische Pflicht." Davor dürfen sich die sozialistischen Staaten weder "im Namen einer abstrakt verstandenen Souveränität" noch durch die "formelle Einhaltung des Prinzips der Freiheit und Selbstbestimmung" abhalten lassen. Der Kern dieser Theorie ist also das Recht des russischen Imperialismus, sich überall wo es ihm paßt einzumischen. Ist es nicht eine glatte Verhöhnung, daß Herr Breschnew seinen Imperialismus mit den Worten "Sozialismus" und "sozialistisch" zu tarnen versucht? Läßt man diese Worte weg, so unterscheidet sich die Breschnew-Doktrin in gar nichts von den imperialistischen "Theorien" der US-Präsidenten von der "Verteidigung der freien Welt"!

Der Überfall auf die Tschechoslowakei

Vor fünf Jahren

Vor fünf Jahren, am 21. August 1968, überfielen die russischen Imperialisten die Tschechoslowakei. Diese unverhüllte Aggression hat zahlreichen Menschen die Augen über die wahre Natur des heutigen Rußland geöffnet. Die Okkupation der ČSSR hat klar gezeigt, was sich hinter den Phrasen von der "brüderlichen Hilfe" und vom "proletarischen Internationalismus" verbirgt, welche die Revisionisten zur Rechtfertigung all ihrer Übeltaten von sich geben.



Tschechoslowakische Patrioten kämpfen mit bloßer Faust gegen sozialimperialistische Panzer

Mit dem selben Trick, mit dem die amerikanischen Imperialisten versuchten, ihren Kolonialkrieg in Vietnam und Kambodscha zu bemänteln, wollten auch die Sozialimperialisten ihren offenen Aggressionsakt tarnen. So behaupteten sie nämlich, daß sie von der tschechoslowakischen Führung "aufgerufen" worden seien, ihr "Hilfe" zu leisten. Daß dies erstunken und erlogen ist, steht fest, denn bis zum heutigen Tage haben die Kremlherren nicht einmal ein einziges Dokument geschweige denn den Namen einer Person nennen können, welche sie "zu Hilfe gerufen" hätten. Und es ist der ganzen Welt bekannt, daß nach der Invasion die revisionistischen Staats- und Parteiführer der Tschechoslowakei erklärten, daß die Invasion völlig überraschend gekommen sei und daß sie diese verurteilten.

Die ebenfalls nach der Invasion der ČSSR von den Sozialimperialisten eifrig propagierte Theorie von der "begrenzten Souveränität", wonach Rußland das Recht hätte, eine "internationale Diktatur" auszuüben und sich dabei in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen darf, wenn die "grundlegenden Interessen" des Sozialimperialismus bedroht sind, hat deutlich das wahre Gesicht der russischen Führung als einer Bande von Imperialisten gezeigt, die so wie die andere Supermacht nach der Weltherrschaft strebt. Wenn heute die beiden größten imperialistischen Mächte der Welt, der amerikanische und der russische Imperialismus, von "Entspannung", "Friede" und "Sicherheit" reden, so ist es klar, daß sie damit die Völker nur betrügen und vor ihnen ihre wahren Absichten verbergen wollen. Das ganze Gerede vom "Gewaltverzicht in internationalen Beziehungen" und der "Respektierung der Souveränität" anderer Länder ist eben für die beiden Supermächte nur Tarnung. Das haben die Vereinigten Staaten in Indochina gezeigt und die russischen Imperialisten in der Tschechoslowakei. Und als am 3. Juli in Helsinki die erste Phase der Europäischen (Un)sicherheitskonferenz vom Stapel gelassen wurde, bekräftigte der Leiter der Presseabteilung des russischen Außenministeriums nochmals das Recht der Sowjetunion auf eine Invasion vom "tschechoslowakischen Typ". Er behauptete nämlich frech, daß der Überfall auf unser nördliches Nachbarland keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten gewesen sei, "sondern ein Ersuchen der tschechoslowakischen Regierung um Hilfe." Und er fügte hinzu: "Das gilt auch für die Zukunft". Man sieht klar und eindeutig, was von der sogenannten "Sicherheit" und der angeblichen "Abrüstung" der Supermächte zu halten ist, denn deutlicher kann es gar nicht ausgesprochen werden, daß die "großartigen" Abkommen und Konferenzen, die angeblich den Frieden sichern sollen, nur Lug und Trug sind!

Die Gefahr, die der Welt durch die beiden Supermächte droht, ist groß, doch wenn die Völker wachsam sind, sich zusammenschließen und dem amerikanischen und russischen Imperialismus den Kampf ansagen, dann werden sie sicherlich die Herrschaft dieser beiden Weltgendarmen zu Grabe tragen! ●

Eine »tragende« Rolle



„Eine echte Opposition ins Rathaus. KPÖ – für das arbeitende Wien" kann man jetzt allerorten an den Plakatwänden lesen. Was ist davon zu halten?

Es ist ein alter Trick der Revisionisten, den arbeitenden Menschen vorzuschwindeln, daß der Staat über den Klassen stünde und man deshalb nicht Revolution zu machen brauche, um sich zu befreien. Sie sagen, daß es genügt, die "richtigen" Leute – nämlich die "K"PÖ – in die richtigen Ämter hineinzuwählen, und schon würde der Kapitalismus gesunden und sich friedlich in den Sozialismus verwandeln.

Die "K"P-Führer wissen aber selber ganz genau, daß dies nicht stimmt und auch nicht stimmen kann. "Theorien, die den Staat als über den Klassen stehendes Gebilde hinstellen,...verschleiern nur die wirkliche Rolle des Staates als Macht- und Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse", sagt der Revisionist Leopold Hornik richtig (auf Seite 9 der "K"P-Broschüre "Für eine klassenorientierte Gewerkschaftspolitik"). Daß diese Äußerung aber rein demagogischer Natur ist, zeigt derselbe Hornik, wenn er dann in der oben genannten Broschüre davon spricht, man könne "die Macht der Monopole einengen und einschränken, die Machtpositionen der Arbeiterklasse erweitern", d.h. die Arbeiterklasse könne irgendetwas in der Politik und Wirtschaft unseres Landes entscheiden, solange das Kapital die politische Macht besitzt.

Die revisionistischen Führer bieten sich der herrschenden Klasse als scheinlinker Aufputz, als sogenannte "echte Opposition" an. Sie tun das mit keiner anderen Absicht, als die wirkliche Rolle der parlamentarischen Scheindemokratie zu vertuschen. Sie wollen verbergen, wer in diesem Staat wirklich herrscht – nämlich das Kapital – und daß dessen Herrschaft nur durch die sozialistische Revolution, die Errichtung der Volksmacht gestürzt werden kann.

Daß die "K"PÖ bemüht ist, die Arbeiter vom Kampf abzuhalten, zeigt sich in ihrer ganzen Politik. So schreien die Revisionisten Zeter und Mordio über die Teuerung und schlagen als Heilmittel dagegen den "Preisstopp" vor. Die Arbeiter sollen – wenn es nach der "K"P ginge – nicht um höhere Löhne kämpfen, sondern warten, bis "Kommunisten ins Parlament" kommen. Bis zu diesem fernen Zeitpunkt aber sollen sie sich mit der Hoffnung auf einen Preisstopp vertrösten lassen.

Wenn die arbeitenden Menschen für die Erhaltung ihres Lebensstandards Kämpfe führen wollen, so hintertreibt die "K"PÖ diese Kämpfe und behauptet, man müsse statt zu streiken an den ÖGB appellieren, damit dieser Lohnverhandlungen beginnt oder bei solchen Verhandlungen mehr fordert. Die "K"PÖ will die Kämpfe der Arbeiter verhindern, was gutes Einvernehmen mit den ÖGB-Bonzen bringt.

Dieser Tatsache widerspricht auch die "Unterstützung" des Böhlerstreiks durch die "Gewerkschaftliche Einheit", die "K"P-Fraktion im ÖGB, nicht. Haben nämlich unzufriedene Arbeiter zu kämpfen begonnen, so hängt sich die "K"PÖ sofort an, um daraus für sich politisches Kapital zu schlagen und sich bei den Arbeitern einzukaufen. Denn je mehr Arbeiter die "K"PÖ zu kontrollieren vermag, umso mehr Posten und Pfründen gibt es für sie im ÖGB. Die Revisionisten selber weisen auch den Vorwurf, den Böhlerstreik initiiert zu haben, heftigst von sich und bezeichnen ihn als "blanken Unsinn". Das heißt ja nichts als: "Gott behüte! Wir braven "K"PÖ-Führer würden doch nie Streiks anzetteln." Nun, es stimmt ja auch wirklich, daß bei Böhler die unzufriedenen Arbeiter von selbst und vollkommen auf sich allein gestellt streikten. Die "K"PÖ-Revisionisten wollen sich nur im nachhinein fein herausstreichen und "betrachten es als eine Ehre", daß sie die "echten Freunde der Arbeiter" sind. Wie sagt doch ein Sprichwort?? "Eigenlob stinkt!"

Wenn diese selbsternannten "echten Freunde" wirklich so klassenkämpferisch sind, warum hört man da nicht von Streiks in den Betrieben, wo sie die Betriebsratsmehrheit haben, z.B. in der Brunner Glasfabrik, in der Glanzstoff Sankt Pölten, in der ÖMV-Baumontage usw., wo immer halt "Vertreter der Gewerkschaftlichen Einheit an der Spitze der Arbeiter stehen"? Die Erklärung ist einfach: Das Firmenschild "Gewerkschaftliche Einheit" bedeutet eben die traute Einheit der Revisionisten mit den SP-Gewerkschaftsbonzen.

Mit schönen Worten sagt nun die pseudorevolutionäre und scheinlinke "K"PÖ dem Bundesheer, der Wohnungsnot und vielen anderen mehr den Kampf an. Aber Worte bleiben eben nur Worte, wenn man, wie die Revisionisten, an den Auswüchsen des kapitalistischen Systems herumdoktert, ohne die Wurzel des Übels, die Herrschaft der Geldsäcke zu bekämpfen.

Beim kommenden Wahltheater, das am 21. Oktober in Wien und Oberösterreich gastiert, wollen die Revisionisten auf Stimmenfang gehen. Und das besonders unter der Jugend. "Auf Grund der Herabsetzung des Wahlalters werden zehntausende junge Arbeiter und Angestellte erstmals zur Wahl gehen", sagt Otto Podolsky in der "Volksstimme" vom 4. August. "Sie werden zu einem wesentlichen Teil mitentscheiden, ob SPÖ, ÖVP und FPÖ ihre arbeiterfeindliche Politik fortsetzen können, oder ob Kommunisten als echte Opposition in den Landtag und die Gemeinderäte einziehen."

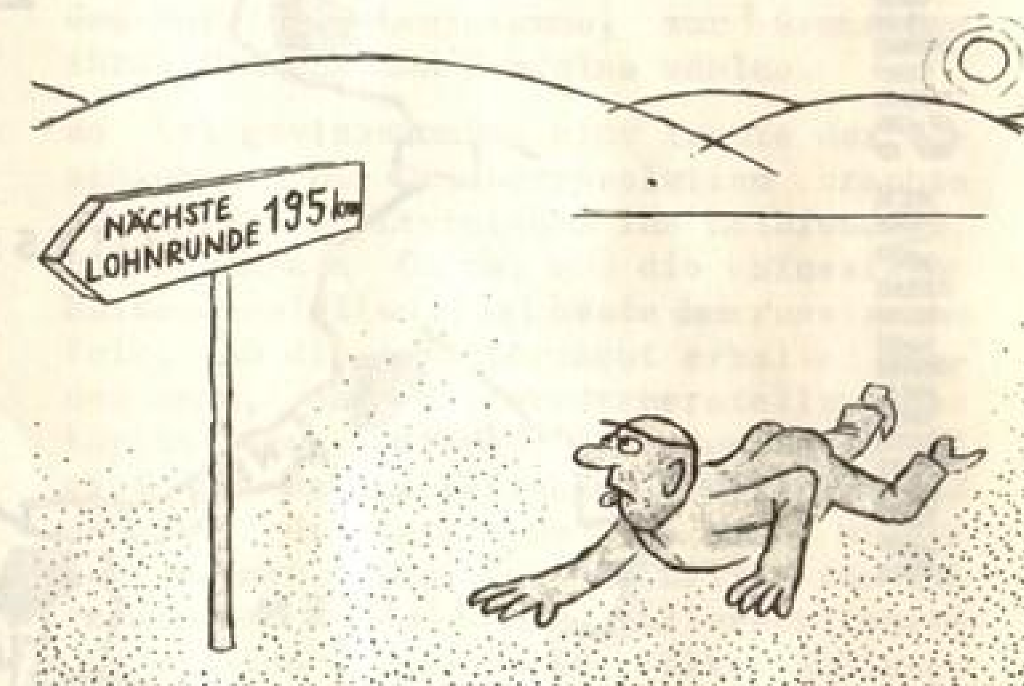
Wir wollen die Revisionisten fragen: Und mit einem oder zweien von Euch Arbeiterverrätern werden die anderen bürgerlichen Parteien ihre arbeiterfeindliche Politik nicht fortsetzen? Wenn Ihr in den Gemeinderat einzieht, würdet Ihr doch bloß für die diversesten Rathauskoalitionen ein "linkes" Aushängschild abgeben, um dem arbeitenden Volk vorzulügen, es hätte in diesem System etwas zu reden und zu wählen!

Demgegenüber ist es die Aufgabe der Marxisten-Leninisten, den arbeitenden Menschen den Betrug mit den Schwindelwahlen aufzuzeigen. Die Arbeiter haben in diesem System eben nichts zu reden und zu wählen. Ob SPÖ, ÖVP, FPÖ oder "K"PÖ, sie alle dienen dem Kapital! ●

Auch in Israel:

Durststrecke für Arbeiter

"Anfang Juni besuchte eine Delegation des ÖGB unter der Führung des Leitenden ÖGB-Sekretärs Erich Hofstetter auf Einladung des israelischen Gewerkschaftsbundes Histadrut Israel". Das meldete der "ÖGB-Nachrichtendienst". Dort wurden "Eindrücke über das israelisch-arabische Grenzproblem gewonnen", dessen Wesen bekanntlich darin besteht, daß es nicht nur ein Grenzproblem ist, sondern daß es sich dabei um den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes um die Rückkehr in ihre Heimat und um die Befreiung Palästinas handelt. Nahezu zwei Millionen Menschen haben die Zionisten aus Palästina vertrieben und in ihrem sogenannten "Staat Israel" werden die einfachen jüdischen Werktätigen unbarmherzig ausgebeutet und der arabische Bevölkerungsteil brutal mit Nazi-Methoden unterdrückt. Natürlich hat die ÖGB-Delegation davon keinen "Eindruck gewonnen".



Die Delegation traf auch mit dem Generalsekretär der Histadrut, Ben Aharon, zusammen. Dieser klagte seinen österreichischen Kollegen sein Leid über die Inflation und meinte: "Der Kampf zur Erhaltung des Reallohns ist, durch die weltweit grassierende Inflation bedingt, sehr schwierig." Nun weiß aber jeder halbwegs informierte Mensch, daß die Ursache der Inflation, die in Israel kaum vorstellbare Ausmaße erreicht hat, nicht in der "welt-

weit grassierenden" Geldentwertung zu sehen ist, sondern in der ganz wohlbekannten militärischen Aufrüstung und Verschuldung an das Ausland liegt.

Ohne weiteres glauben wir aber, daß der Kampf um die "Erhaltung des Reallohnes" für die Arbeiter schwierig ist. Denn die Histadrut ist selbst der größte Unternehmer Israels. Ihre Betriebe beschäftigen ein Viertel aller israelischen Arbeitnehmer und produzieren 25% der Industrieproduktion. Die Gewerkschaftsbonzen als bürokratische Kapitalisten haben daher ein vitales Interesse, den Kampf der Arbeiter um Lohnerhöhungen zu unterdrücken. Daß "Israel bereits zu halbjährlichen Teuerungszulagen gezwungen" ist, zeigt, daß die dortigen Arbeiter trotz allem kämpfen. Und das ist für Ben Aharon wahrlich ein Grund zum Jammern.

Und noch ein vitales Interesse haben die Histadrut-Bonzen. Sie besitzen nämlich etliche Rüstungsbetriebe, die mit russischen Rohstoffen und westdeutschen Kapitalspritzen an dem allgemeinen Rüstungsboom teilhaben.

Vielleicht lernt jetzt die Sozialdemokratie nach dem Israelbesuch der ÖGB-Bonzen "israelische Methoden", wie man mit streikenden Arbeitern und marxistisch-leninistischen Gruppen fertig wird. Dort ruft man nämlich die Polizei gegen die Arbeiter zu Hilfe und urteilt diejenigen, die sich gegen den Zionismus stellen, unter falschen Anschuldigungen ab. Wie man aber mit palästinensischen Freiheitskämpfern umgeht, das ist für die ÖGB-Bonzen derzeit noch nicht interessant. Denn vorderhand ist die Lage in Österreich noch nicht so revolutionär, daß die Bourgeoisie zur Erhaltung ihrer Macht zum offenen Terror greifen muß. Diesbezügliche Methoden werden aber gerne studiert. ●

Kollektive Sicherheit — oder Einkreisungspolitik?



Zum Repertoire der russischen Propaganda gehören auch die schönen Reden über das "kollektive Sicherheitssystem" für Asien. Wie dieses System in der Praxis aussieht, hat sich schon beim "Friedens"- und "Freundschafts"pakt UdSSR-Indien gezeigt. Nach der Unterzeichnung machte sich Indien bekannterweise über Pakistan her und riß Ostpakistan an sich, während die Sozialimperialisten sich mit ihrer Kriegsflotte im Haupthafen von Ostpakistan niederließen. Der Pakt Indien-Rußland ist sozusagen das "Muster" für die gesamte kollektive Sicherheit. Das Ergebnis dieser angeblichen Friedenspolitik: Die Zerstückelung souveräner Staaten, Putsche gegen nicht genehme Regimes, Infiltration durch militärische und wirtschaftliche "Berater", aggressive Pakte und schließlich sogar die Gefahr eines neuen Weltkrieges.

Das und nichts anderes ist der Kern des Systems der kollektiven Sicherheit. Absicht der Sowjetunion ist es, durch Pakte und Verträge die Volksrepublik China einzukreisen, die asiatischen Länder zu unterjochen und den revolutionären Kampf der Völker zu ersticken.

Aber die Völker Asiens lernen aus den Erfahrungen und urteilen nicht nach schönen Worten, sondern nach den Taten. Und da sehen sie, daß Rußland in den Fußstapfen der USA nach Asien greift. Es kontrolliert die Kommandohöhen der indischen Wirtschaft, bereichert sich an den Naturreichtümer und Erdgasreserven Afghanistans, baut Flottenstützpunkte in Bengalen und im Irak. Es wirft seine Augen begehrlich auf Chinas Taiwan und will dort die Stelle der Vereinigten Staaten einnehmen. Und es verlangt frech die Durchfahrt seiner Flotten durch das Japanische Meer und die Tsuschima-Straße, um so Zugang ins Südchinesische Meer und zu den Philippinen zu erlangen. All diese imperialistischen Handlungen und Maßnahmen nennt dann die russische Propaganda "Ausdehnung der Friedenszone".

Während aber die Sowjetunion fieberhaft versucht, China einzukreisen, hat Breschnew die Stirn, zu behaupten: "Die Sowjetunion wünscht gute Beziehungen zu China. Wir haben alles in unserer Macht Stehende getan, um die sowjetisch-chinesischen Beziehungen zu normalisieren." (Rede in Alma Ata am 15. August.) Und er fügte hinzu: "Doch leider konnten dabei keine merklichen Fortschritte erzielt werden. Die einzige Ursache dafür ist die Politik der chinesischen Führung, der ein blindwütiger Antisowjetismus und die Subversion gegen die sozialistischen Länder zugrunde liegen".

Nun, abgesehen davon, daß hier der Dieb und Gangster nach "bewährter" Methode "haltet den Dieb" schreit, fällt noch eine Sache ins Auge. Denn wenn man an die Zeit nach der Oktoberrevolution denkt, so wird man sich erinnern, daß die Bourgeoisie damals die Sowjetunion beschuldigte, "Subversion" zu betreiben und daß die Kommunistischen Parteien als Werkzeug dieser "Subversion" angeblich von Moskau "gelenkt" seien.

VRA

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs. Erscheint monatlich, meist 16 Seiten stark. Einzelpreis S 3,–, Jahresabonnement S 30,–. Abonnementbestellungen oder Bestellungen kostenloser Probenummern bitte an die VRA: 1205 Wien, Postfach 3, oder 6923 Lauterach, Postfach 66.

Genauso sprechen heute die russischen Imperialisten (natürlich garniert mit scheinsozialistischen Phrasen) von den Subversionsakten, die China angeblich begehen soll. Was sind aber diese angeblichen Subversionsakte? Es ist ganz natürlich, daß sich die Arbeiterklasse in Osteuropa und in Rußland nach der Restauration des Kapitalismus nicht mit ihrer Niederlage abfindet und von neuem zu kämpfen beginnt. Und es ist genauso natürlich, daß die Fortgeschrittensten der Arbeiterklasse die Mao Tsetung-Ideen, die höchste Stufe des Marxismus-Leninismus, zur Grundlage ihres Denkens und Handelns wählen.

Es ist gewissermaßen eine Ironie der Geschichte: Die Oktoberrevolution brachte den Marxismus-Leninismus ins halbfeudale, halbkoloniale China, und die chinesische Kulturrevolution zeigt heute dem russischen Volk, daß die Arbeitermacht erhalten werden kann, daß die Wiederherstellung des Kapitalismus verhindert werden kann, und gibt so der russischen Arbeiterklasse den Mut, den Kampf um die Macht wieder aufzunehmen. Das ist natürlich für die russische Führung die allerschlimmste "Subversion", denn die Völker Rußlands werden sich mit ihrem jetzigen Sklavendasein nicht abfinden.

Die Kremlherren können reden, was und wieviel sie wollen. Trotz aller Demagogie und Propagandalügen werden die Völker Asiens die falschen Freunde aus Moskau durchschauen und ihnen den Tritt versetzen, der ihnen gebührt. Und trotz aller Hetze und brutaler Unterdrückung wird die russische Arbeiterklasse unter der Führung wirklicher Revolutionäre ihre Macht wieder aufrichten! ●